

Ein Nein, das ein Ja zur Integration ist

Zu zwei sozialpolitischen Vorlagen hatte das Volk am Wochenende Stellung zu nehmen: der Einführung der Mutterschaftsversicherung und der Revision der Invalidenversicherung (IV), welche als eine der zentralen Massnahmen die Abschaffung der Viertelsrente vorschlug. Zweimal hat das Volk Nein gesagt. Einmal Nein zur Einführung einer neuen Sozialversicherung und einmal Nein zur Abschaffung eines vor gut zehn Jahren eingeführten Leistungsanspruches. Darin ein Votum für den Sozialabbau zu erblicken wäre falsch. Vielmehr hat sich das Volk zum bestehenden Leistungsstandard bekannt und sich gleichzeitig gegen einen Ausbau gewandt. Darin liegt ein Auftrag an Bundesrat und Parlament zur Sicherung und Sanierung des Bestehenden. Der Urnengang wird unter anderem für die 11. AHV-Revision als Signal zu verstehen sein.

Fast ebenso deutlich wie das Nein zur Mutterschaftsversicherung ist denn auch mit 70 Prozent Stimmanteilen das Nein zur Abschaffung der IV-Viertelsrente ausgefallen. Doch lautete hier das Verdikt aus allen Kantonen gleich. Die Nein-Stimmen-Anteile liegen zwischen 63,4 Prozent in der Waadt und 77,5 im Kanton Jura. Ein Unterschied zwischen der Romandie und der Deutschschweiz ist nicht auszumachen. Ebenso ist kein Stadt-Land-Gefälle festzustellen. Die ländlichen Kantone haben die Vorlage ebenso verworfen wie städtische Regionen.

Dass die Vorlage abgelehnt wurde, überrascht auch nicht. Denn ausser der Schweizerischen Volkspartei und der Freipartei hat sich keine politische Partei für die Vorlage stark gemacht. Die Freisinnigen hatten Stimmfreigabe beschlossen, wobei sich 18 freisinnige Kantonalparteien für ein Nein ausgesprochen hatten. Im Laufe des Abstimmungskampfes verfestigte sich die Ansicht, dass mit der Abschaffung der Viertelsrente

ein Fehler gemacht wurde. Immer mehr bürgerliche Parlamentarier räumten dies ein. Bedenklich stimmt nur, dass es überhaupt zu dem Vorschlag an das Volk kommen konnte. Wo sind die vorgelagerten Sicherungen des politischen Systems geblieben?

Das letztinstanzliche Nein des Volkes zur Abschaffung der IV-Viertelsrente ist gleichzeitig ein Ja zur Integration der Behinderten in die Arbeitswelt. Damit liegt in dem Nein eine Verpflichtung für die nächste Etappe der Revision des Invalidenversicherungsgesetzes. Diese soll unter anderem Massnahmen umfassen, die eine verbesserte Eingliederung beziehungsweise Wiedereingliederung Behinderter ins Erwerbsleben unterstützen. Nicht ausgeschlossen ist nun eine feinere Abstufung der Renten. Das Nein der Stimmbürger ist aber auch nicht grundsätzlich gegen Sanierungsmassnahmen in der Invalidenversicherung gerichtet. Insbesondere wendet sich das Nein nicht gegen Massnahmen, die der Tendenz entgegenreten, arbeitsmarktliche Probleme über die Invalidenversicherung aufzufangen.

Man wird in der Invalidenversicherung auch kaum um Sparmassnahmen herumkommen. Die in der verworfenen Vorlage vorgesehenen Vorkehren – wie die Abschaffung der Zusatzrente für den Ehepartner eines IV-Bezügers, die Verstärkung des ärztlichen Dienstes oder der Bedarfsnachweis für von der IV unterstützte Wohnheime und Werkstätten – waren denn auch kaum umstritten. Bei den Sanierungsmassnahmen gilt es aber zu bedenken, dass die beste Sparmassnahme noch immer die angepasste Eingliederung Behinderter ins Erwerbsleben bleibt. Anreize dazu kennt unser System bis heute kaum. Der Entscheid des Volkes öffnet nun den Weg zu zukunftsgerichteten und volkswirtschaftlich sinnvollen Lösungen.

cs.

Weitere Reaktionen zur Abstimmung

Mutterschaftsversicherung

Bern, 13. Juni. (sda) Das Volk wolle weder einen Ausbau der Sozialwerke noch neue Abgaben, interpretieren Bürgerliche und Arbeitgeber das Nein zur Mutterschaftsversicherung (MSV). Frustriert sind Linke und Frauen: Sie wollen nun die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Mit dem klaren Verdikt sei die MSV endgültig vom Tisch, frohlockt das Komitee «Nein zur Subventionierung der Mutterschaft». Das Volk erachte den Verfassungsauftrag als erfüllt, ist Arbeitgeberdirektor Peter Hasler überzeugt. Das Signal sei klar: «Wir müssen die Finanzierung der heutigen Sozialwerke sichern.» Von den Bundesratsparteien sind einzig FDP und SVP zufrieden. Das klare Resultat sei eine Ohrfeige an die Adresse der Linken, der CVP und eine Niederlage für Bundesrätin Ruth Dreifuss, so die SVP. Für die FDP hat die «abenteuerliche Finanzierungsart» zum Volks-Nein beigetragen.

Zu den Abstimmungsverlierern gehört auf bürgerlicher Seite die CVP: Das Resultat lasse keinen Interpretationsspielraum zu, räumte Parteipräsident Adalbert Durrer ein. Als «staatspolitisch beunruhigend» wertet Durrer die gegensätzlichen Resultate in den Sprachregionen. Junge Familien müssten gezielt unterstützt werden, fordert die CVP. Sie werde deshalb Massnahmen für eine steuerliche Entlastung von Familien prüfen. SP: «Massive Angstmacherei.» Nach 54jährigem Warten sei der Verfassungsartikel zum Schutz der Mutterschaft nach wie vor nicht erfüllt, bedauert die SP. Die SP wird am Montag im Nationalrat eine Motion für die gesetzliche Verankerung einer Lohnfortzahlungspflicht von 14 Wochen einreichen. Nun müssten die Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden, ist auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) überzeugt. Am Montag will er den Forderungen mit Kundgebungen vor dem Gewerbeverband in Bern und dem Arbeitgeberverband in Zürich Nachdruck verleihen. «Jetzt müssen die Arbeitgeber das Problem lösen», sagte SGB-Präsident Paul Rechsteiner.

Erzürnt sind die Frauenorganisationen: Das Resultat sei eine klare Missachtung von Frauen und Frauenarbeit, macht die «Arbeitsgemeinschaft Frauen 2001» ihrem Ärger Luft.

Invalidenversicherung

(sda) Mit Befriedigung haben *Behindertenorganisationen* und Parteien auf das wuchtige Nein zur IV-Revision reagiert. Der Berner FDP-Nationalrat Marc F. Suter sagte, mit dem Bekenntnis zur Viertelsrente würden die Bemühungen zur Eingliederung der Behinderten in die Gesellschaft gestärkt. Ein «Zeugnis der Solidarität» ist das Verdikt in den Augen der Behinderten-Selbsthilfe Schweiz. Die nächste IV-Revision müsse unter den Vorzeichen der materiellen Existenzsicherung, der beruflichen Integration, der Gleichstellung und des selbstbestimmten Lebens von Behinderten stehen.

Für die Gesetzesrevision hatten sich nur die SVP und die Freipartei ausgesprochen. SVP-Präsident Ueli Maurer sagte auf Anfrage, im Vorfeld der Abstimmung seien die Emotionen hochgegangen. Die Ablehnung der an sich vernünftigen Sparvorlage habe sich daher früh abgezeichnet. Laut CVP-Präsident Adalbert Durrer genehmigte das Parlament die Gesetzesrevision seinerzeit in der irrigen Meinung, es handle sich um eine Sparvorlage. Im Abstimmungskampf sei man eines Besseren belehrt worden. Ermutigend ist das Resultat in den Augen der *Sozialdemokraten*. Im Sozialbereich wollten die Stimmberechtigten zumindest den Status quo halten. Derselben Meinung ist der Gewerkschaftsbund, der sich überdies dafür einsetzen will, noch bestehende Lücken im Sozialversicherungssystem zu schliessen. Die *Freisinnigen* führen das Scheitern der Vorlage darauf zurück, dass der vom Departement Dreifuss geplante Spareffekt zu unklar gewesen sei. Die IV sei aber nach wie vor revisionsbedürftig. Bei der Neuauflage müsse unter anderem die medizinische Überprüfung der Rentenberechtigung verbessert werden.

Weitere Reaktionen zur Abstimmung

Mutterschaftsversicherung

Bern, 13. Juni. (sda) Das Volk wolle weder einen Ausbau der Sozialwerke noch neue Abgaben, interpretieren Bürgerliche und Arbeitgeber das Nein zur Mutterschaftsversicherung (MSV). Frustriert sind Linke und Frauen: Sie wollen nun die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Mit dem klaren Verdikt sei die MSV endgültig vom Tisch, frohlockt das Komitee «Nein zur Subventionierung der Mutterschaft». Das Volk erachte den Verfassungsauftrag als erfüllt, ist Arbeitgeberdirektor Peter Hasler überzeugt. Das Signal sei klar: «Wir müssen die Finanzierung der heutigen Sozialwerke sichern.» Von den Bundesratsparteien sind einzig FDP und SVP zufrieden. Das klare Resultat sei eine Ohrfeige an die Adresse der Linken, der CVP und eine Niederlage für Bundesrätin Ruth Dreifuss, so die SVP. Für die FDP hat die «abenteuerliche Finanzierungsart» zum Volks-Nein beigetragen.

Zu den Abstimmungsverlierern gehört auf bürgerlicher Seite die CVP: Das Resultat lasse keinen Interpretationsspielraum zu, räumte Parteipräsident Adalbert Durrer ein. Als «staatspolitisch beunruhigend» wertet Durrer die gegensätzlichen Resultate in den Sprachregionen. Junge Familien müssten gezielt unterstützt werden, fordert die CVP. Sie werde deshalb Massnahmen für eine steuerliche Entlastung von Familien prüfen. SP: «Massive Angstmacherei.» Nach 54jährigem Warten sei der Verfassungsartikel zum Schutz der Mutterschaft nach wie vor nicht erfüllt, bedauert die SP. Die SP wird am Montag im Nationalrat eine Motion für die gesetzliche Verankerung einer Lohnfortzahlungspflicht von 14 Wochen einreichen. Nun müssten die Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden, ist auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) überzeugt. Am Montag will er den Forderungen mit Kundgebungen vor dem Gewerbeverband in Bern und dem Arbeitgeberverband in Zürich Nachdruck verleihen. «Jetzt müssen die Arbeitgeber das Problem lösen», sagte SGB-Präsident Paul Rechsteiner.

Erzürnt sind die Frauenorganisationen: Das Resultat sei eine klare Missachtung von Frauen und Frauenarbeit, macht die «Arbeitsgemeinschaft Frauen 2001» ihrem Ärger Luft.

Invalidenversicherung

(sda) Mit Befriedigung haben *Behindertenorganisationen* und Parteien auf das wuchtige Nein zur IV-Revision reagiert. Der Berner FDP-Nationalrat Marc F. Suter sagte, mit dem Bekenntnis zur Viertelsrente würden die Bemühungen zur Eingliederung der Behinderten in die Gesellschaft gestärkt. Ein «Zeugnis der Solidarität» ist das Verdikt in den Augen der Behinderten-Selbsthilfe Schweiz. Die nächste IV-Revision müsse unter den Vorzeichen der materiellen Existenzsicherung, der beruflichen Integration, der Gleichstellung und des selbstbestimmten Lebens von Behinderten stehen.

Für die Gesetzesrevision hatten sich nur die SVP und die Freipartei ausgesprochen. SVP-Präsident Ueli Maurer sagte auf Anfrage, im Vorfeld der Abstimmung seien die Emotionen hochgegangen. Die Ablehnung der an sich vernünftigen Sparvorlage habe sich daher früh abgezeichnet. Laut CVP-Präsident Adalbert Durrer genehmigte das Parlament die Gesetzesrevision seinerzeit in der irrigen Meinung, es handle sich um eine Sparvorlage. Im Abstimmungskampf sei man eines Besseren belehrt worden. Ermutigend ist das Resultat in den Augen der *Sozialdemokraten*. Im Sozialbereich wollten die Stimmberechtigten zumindest den Status quo halten. Derselben Meinung ist der Gewerkschaftsbund, der sich überdies dafür einsetzen will, noch bestehende Lücken im Sozialversicherungssystem zu schliessen. Die *Freisinnigen* führen das Scheitern der Vorlage darauf zurück, dass der vom Departement Dreifuss geplante Spareffekt zu unklar gewesen sei. Die IV sei aber nach wie vor revisionsbedürftig. Bei der Neuauflage müsse unter anderem die medizinische Überprüfung der Rentenberechtigung verbessert werden.